Reproduced from poor material

Einzelnummer 30 Pfennig.

Völkischer Beobachter

und Deutschwirtschaftszeitung

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag, Samstag. Bezugspreis: Jährlich 40 M., halbjährl. 20 M., vierteljährl. 10 M. Postscheckkonto München 11346. Einzelpreis 30 Pf.

Geschäftsstelle: Thierschstr. 15, Fernruf 20647. Geschäftszeit 8—4. Samstag 8—1 Uhr. — Sprechstunde der Geschäftsleitung 9—11 Uhr. Schriftleitung: Schellingstr. 41. Fernruf 20647. Sprechstunde Montag mit Freitag 4—5 Uhr.

A[illegible] die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen [illegible] entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.— [illegible] M. 1.20. Familienanzeigen 80 Pf. Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 70 Pf.

Süddeutscher Beobachter / Münchener Beobachter / Deutschvölkischer Beobachter

Nummer 47 | München, Donnerstag, den 20. Wonnemonat (Mai) 1920 | 34. Jahrgang

F. M. J. Rohse Archiv München

Wann gehen uns endlich die Augen auf?

Aus dem Inhalt.

Wann gehen uns endlich die Augen auf?
Ausbeuter und Reichssprenger!
Zum Wahlkampf.
Zur Reichstagswahl.
Die Stimmung im Trentino.
Judas mit den Polen gegen die Deutschen.
Das Hakenkreuz.

Wann gehen uns endlich die Augen auf?

Durch Hunger und Revolution wurde uns der Krieg verloren. Während jüdische Hetzer, meist aus dem Osten stammend, die blind gehorchenden Scharen der Arbeiter zum Sturm gegen die Ordnung und das Gesetz führten, blieben die Kriegsgesellschaften verschont. So kam der Zusammenbruch. Das „Volk" zerschlug den „Militarismus" und wurde durch Gewährung des „freiesten Wahlrechts" das beneidenswerteste auf Erden. Was lag daran, daß es hungerte und fror? Der Preis war für die wahre Freiheit nicht zu teuer gezahlt. Es kam das Unfaßbare: Die alten Kräfte arbeiten weiter an unserer Zerrüttung und die „Volksregierung" hat nichts dawider als abgestandene, ölige Phrasen. Nicht nur frißt der Brand des Aufruhres im Innern weiter um sich und droht in absehbarer Zeit mit dem von Osten sich heranwälzenden bolschewistischen Flammenmeer in eine Lohe zusammenzuschlagen, sondern auch die Auswucherung der schaffenden Stände hat einen unerhörten Grad erstiegen. Wer aber immer noch glaubt, das sei ein Übel der Zeit und erkläre sich aus dem allgemeinen sittlichen Niedergange des deutschen Volkes, werde hingegen mit der Anbahnung geordneter Verhältnisse von selbst wieder verschwinden, der zäumt als ein rechter Eulenspiegel den Gaul beim Schwanze auf, vertauscht flugs Ursache und Wirkung. Wie können wir gesunden, solange uns das Blut hektoliterweise abgezapft wird? In Hungerdelirien bäumt sich unser Volk! Gebt ihm zu essen und es wird die Verführer von sich abschütteln wie einen bösen Traum. Denn der Bolschewismus kann nur gedeihen in den blutleeren Gehirnen zerrütteter Menschen.

Wo also sitzt das Übel? Hauptsächlich in der Zwangswirtschaft. Jeder Ehrliche hat es begrüßt, daß der Staat, wie man meinte, die Versorgung der Willkür des einzelnen entzog und selbst in die Hände nahm. Tausende redliche Menschen haben unserm Unglück das Wort geredet. Doch die nackteste Geldgier segelte unter der Flagge der staatlichen Fürsorge. Und so wurde unter den Segnungen der privatkapitalistischen Ausbeutung des Volkes in großem Stil Deutschland sturmreif gemacht für den Angriff der äußeren und inneren Feinde. Das Militär, unser gepriesenes, vom gläubigen Vertrauen weitester Kreise getragenes Militär, das Sinnbild der Mannheit und Ehrlichkeit, mußte seinen starken Arm leihen, um jeden Widerspruch mit Hilfe der allmächtigen Zensur zu unterdrücken. So wurde auch der Glaube in die Führung, die wahre Seele zähen Widerstandes, in den Wurzeln vergiftet, die Hetzphrasen der radikalen Volksverderber gewannen den Anschein der Wahrheit auch für die Besonnenen und damit war unser Schicksal besiegelt.

Man glaubte damals vielleicht, die Regierung habe einen Fehlgriff gemacht und es fehle ihr nur der Mut, ihn augenblicklich einzugestehen, im stillen aber werde dem Übel jedenfalls sofort mit allen Kräften gesteuert. Darum glaubten die revolutionären Massen mit dem „alten System" auch diese Mißwirtschaft hinwegzufegen. Doch nun erst entpuppte sich ihre wahre Natur. Es zeigte sich, daß das „neue System" dem alten in allem Wesentlichen glich, daß seine Fehler nur ins Ungeheure vergrößert waren, mit einem Wort, daß nur die Maske gefallen war. Die Revolution war der Sieg Judas auch in Deutschland... Die Volkswirtschaft war ganz in seinen Händen. Deshalb waren sämtliche einflußreichen Stellen dieser „staatlichen" Ämter mit ihren hundert Schwesterämtern mit Juden besetzt, jüdische Geschäfte mit Kriegsaufträgen überhäuft und deshalb machte der „Staat" ihnen Preisangebote, über die Fachleute nichts als ein Kopfschütteln hatten. Jetzt wissen wir auch, warum sich unsere „Volksregierung" gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft so sträubt, warum in der Republik lustig weiter gewuchert wird an der Arbeit des Volkes. Soll Juda eben jetzt die Zügel aus den Händen geben, wo es im Begriffe ist, auf der ganzen Linie siegreich vorzugehen? Die Früchte jahrhundertelanger, zielbewußter Arbeit werden heute in die Scheuer geerntet[1]. Bolschewismus und Zwangswirtschaft sind nur verschiedene Erscheinungen ein und desselben Strebens.

Unbestechliche Männer haben schon während des Krieges die Kriegsgesellschaften mit scharfem Auge verfolgt. Welch einen Strauß stinkender Blüten hat allein der „Hammer"[2] gewunden! Aber die deutschen Kampfzeitschriften sind nur einem verschwindend kleinen Teil des Volkes bekannt, die meisten beziehen ihre geistige und politische Nahrung aus der jüdischen Großpresse mit ihren abertausend Ablegern. Aber diese Presse schweigt entweder ganz oder bringt Nachrichten, wenn sie es nicht mehr umgehen kann, im harmlosen Gewande. Da würden denn die Gutgläubigen im Lande doch einigermaßen die Augen aufsperren, wenn z. B. all den „Ausländern", die so unauffällig in den Spalten herumspazieren, der ihnen allein passende jüdische Kaftan der Schnorrer aus dem finstern Osten angezogen würde. Und wenn all den Pseudochristen dieses geschickte Deckmäntelchen herabgerissen werden müßte! Darum ist es die Pflicht eines jeden Deutschen, jeden neuen „Fall" möglichst mit zu verbreiten; man kann nicht wissen, ob nicht einmal ein Tröpfchen das übervolle Maß zum Auslaufen bringt.

Wer von den geneigten Lesern hat z. B. die Geschichte der famosen „Saphirwerke" in München, Grillparzerstraße, verfolgt? Sie ist ja nicht besonders. Auch hier wieder ein Kriegsbetrieb für Öle und Fette und die verantwortlichen Leiter „zufällig" ein paar Juden. Ist es nicht empörend, wenn das Wuchergericht die Gutherzigkeit der Herren Feuchtwanger u. Co. mit zum Teil anerkennt und ihnen Geldstrafen in der Höhe von 5000 bis 15000 Mark auferlegt? Der rohe Staatsanwalt soll sogar Zuchthaus beantragt haben.

Doch Spaß beiseite: Glaubt man mit solch lächerlichen „Strafen" des Schiebergeschmeißes Herr zu werden? Das muß ja jedem vorkommen wie eine schamhaft verhüllte Aufforderung, weiterzuwuchern. Hier zeigt sich eben auch die allgemeine Rückgratlosigkeit unserer Zeit. Im Namen der Humanität fassen wir alle Schädlinge mit Samthandschuhen an, denn es ist, wie diese freimaurerisch-jüdische Denkweise uns beigebracht hat, viel „humaner", selbst bei lebendigem Leibe langsam zu verfaulen, als dem Wucher mit rücksichtslosem Griff die Gurgel abzuschnüren. Man hat es fertig gebracht, die Handlungsweise unserer gesundnervigen Vorfahren, die uns als leuchtende Fackel auf dem Weg in die Freiheit voranbrennen könnte, als das „finstere Mittelalter" zu brandmarken, daß jedem dummen Michel die Haut über den Buckel hinunterkriecht, wenn er nur von ferne daran denkt. Damals regten sich noch all unsere Kräfte in strotziger Fülle, damals hatte auch noch das Volk selbst ein wachsames Auge auf seine Lebensmittelversorgung. Schon die kleinsten Vergehen wurden mit strengen — barbarischen, wie man so gern sagt — Strafen belegt, mit dem Erfolg, daß jahrhundertelang die Preise für die wichtigsten Nährmittel die gleichen blieben[3].

Und gegen die landfremden Schwindler ging man mit erfrischender Rücksichtslosigkeit vor. Da gab es überall Galgen, Wucherer dran zu hängen, und wer sich sonst lästig machte, wurde kurzerhand über die Grenze geschoben. Im Volk hat sich der gesunde Instinkt bis heute erhalten. Im Volk versteht man die rätselvolle Milde gegen die Schieber nicht. Es blieb den höheren Ständen, den gebildeten Klassen vorbehalten, auf dem Weg über die falsch verstandene klassische Bildung sich vom eigenen Nährboden loszumachen.

Das ist die einzige Rettung für uns: Weg mit aller falschen Gefühlsduselei. An den Pranger und Galgen mit allen, die sich auf Kosten der Arbeitenden ein vergnügtes Dasein schaffen. Man hat es ja für eine besondere Weisheit gehalten, Leute, die an Stelle des Herzens nur einen Geldbeutel haben, durch Geldstrafen eben an ihrer empfindlichsten Stelle zu treffen, aber einmal bleiben die Strafen fast durchschnittlich unter dem „Reingewinn" des Gauners, sind also immerhin noch ein gutes Geschäft, und dann findet heute jeder den Mammon haufenweise auf der Straße wie welke Blätter, wenn er nur den erforderlichen Geschäftsblick hat. Also Strafe an Leib und Leben. Zum zweiten aber, und das ist das Wichtigere, muß die Versorgung mit Lebensgütern wieder von dafür geschaffenen Ständen unter eigener Verantwortung überlassen werden. Der Händlerstand, im übeln Sinne, hat vom Erdboden zu verschwinden. Zum letzten und hauptsächlichsten: Stellt die fremde Rasse wieder unter Fremdenrecht. Sie hat genug Elend über uns gebracht und soll es als ein gütiges Geschenk von uns annehmen, daß wir sie nicht zum Teufel jagen, von dem sie gekommen sind, sondern nur unser Hausrecht wahren wollen. Das ist das Mindeste, das wir heute verlangen. Werden diese Mindestforderungen nicht erfüllt, so wursteln wir vielleicht noch ein paar Jahre weiter, bis uns der jüdische Satan ganz das Genick umgedreht hat, und dann machen wir die Sklaven der jüdischen Weltbeherrscher. Auch Einer.

[1]) Siehe das ausgezeichnete Buch „Die Geheimnisse der Weisen von Zion" von Gottfried zur Beek. Zu beziehen: vom „Völkischen Beobachter", München, Thierschstraße 15.

[2]) „Hammer", parteilose Zeitschrift für nationales Leben; Hammer-Verlag (Theodor Fritsch), Leipzig, Königstraße 17.

[3]) Für diese wichtige Frage sollte jeder gelesen haben „Schafft billige Lebensmittel" von Germanus Agricola, 2 Bde., Piloty & Loehle, München.

Ausbeuter und Reichssprenger!

Zwei Sätze aus dem Bericht über eine Rede des bayerischen Justizministers Müller-Meiningen am 6. Mai in der deutsch-demokratischen Partei München:

„Bayern habe in Gemeinschaft mit Baden wiederholt die Aufhebung des Post- und Telegraphengeheimnisses zur Bekämpfung des Schleichhandels verlangt, sei aber immer wieder abgewiesen worden. .... Mit besonderer Schärfe trat der Minister gegen die Berliner Kriegsgesellschaften auf, deren Wirken an dem Zusammenbruch mit schuld sei ..."

Was heißt das? Das heißt: Der Berliner Judenzentralismus (auf jüdisch: Reichseinheit) dient nur zur Ausbeutung Deutschlands, gleichzeitig zur steigenden Verhetzung der deutschen Stämme gegeneinander. Bayern wird gegen Preußen, Preußen gegen Bayern scharfgemacht und gleichzeitig beiden das Geld aus der Tasche gezogen. Die Einheit wird so lange gepflegt als sie Gewinn bringt. Ist der Gewinn in Frage gestellt, dann soll das Reich zum Teufel gehen.

Was soll man da tun? Sich trennen, damit die einheitliche Ausbeutung gehindert wird? Nicht so. Aber die Fremdherren davonjagen. Es ist weit gekommen, wenn ein Landesminister sich in öffentlicher Versammlung über die Mißwirtschaft des Reiches beklagen muß. Aber es ist gut, wenn selbst ein Müller-Meiningen einsieht, daß von der vereinigten Judenschaft, die heute Deutschland beherrscht, nur Verderben kommt und daß nur eines helfen kann: der Wille eines von Fremdherrschaft befreiten Volkes. Klr.

Zum Wahlkampf.

Zum Wahlkampf erläßt der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund an seine Mitglieder und Anhänger einen Aufruf, worin er sie auffordert, mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß kein Jude mehr als Abgeordneter in den Reichstag gelangt und daß keine Judenzer (Judengenossen) gewählt werden, die doch nur die Geschäfte der Juden besorgen. Von den politischen Parteien verlangt der Bund, daß sie nur Männer und Frauen deutschen Blutes und deutschen Geistes auf die Wahlvorschläge bringen, und er bekämpft rücksichtslos jede Vorschlagsliste, die Namen von Juden und Judenzern enthält.

Der Aufruf besagt: In den deutschen Reichstag gehören nur deutsche Menschen als Abgeordnete, weil den Deutschen nur durch Deutsche geholfen werden kann. Dem Streben der Juden nach geistiger wie materieller Herrschaft läßt sich eine einfache Losung entgegenhalten: Deutschland den Deutschen! Es ist ein Kampf zwischen Leben und Tod; und zugleich einer auf Leben und Tod. Der Streit muß ein durchaus ehrlicher sein; und das deutsche Volk wird über dessen Ausgang richten. Sein Wort entscheidet.

In dem Aufrufe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes heißt es weiter: Die Wurzeln unserer Kraft liegen in unserer Eigenart beschlossen.

Das ist die Freiheit, nach der wir trachten: die ungehemmte Entfaltung unseres deutschen Wesens, befreit von allen volksfremden und zersetzenden Einflüssen.

Das ist die Gerechtigkeit, die wir erstreben: dem eigenen Volke ein Leben nach deutschen Lebensgesetzen zu ermöglichen; den Fremdlingen unter uns nicht Herrschaft über das deutsche Volk einzuräumen.

Das ist das Recht, das wir schaffen wollen: die deutschen Menschen in den vollen Genuß ihrer ehrlichen aufbauenden Arbeit zu bringen; sie nicht zu Knechten des Weltkapitalismus zu erniedrigen oder gar dem Mammonismus zu versklaven.

Weil wir das wollen, kämpfen wir auf Leben und Tod gegen den verderblichsten und heimtückischsten Träger und Verfechter des Weltbürgertums — das internationale Judentum.

Wie die Regierenden und Maßgebenden in Deutschland zur Judenfrage sich stellen, das ist schlechterdings entscheidend für unsere Zukunft. Darum schafft Klarheit und verlangt Wahrheit darüber!

Zur Reichstagswahl.

Die „Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft München hat an diejenigen politischen Parteien, deren Wahlwerber für die bevorstehende Reichstagswahl für ihre Mitglieder überhaupt in Betracht kommen können, folgende Anfrage gerichtet:

„Wie stellt sich Ihre Partei und wie deren Wahlwerber zur Judenfrage im allgemeinen, und zwar nicht nur in der hiesigen Ortsgruppe und bzw. im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben, sondern überhaupt als Partei im Reich, nach Parteiprogramm, Zusammensetzung und Vergangenheit?"

Im besonderen aber wird noch Aufschluß über folgende Fragen erbeten:

„1. Wie stellt sich die Partei (in dem angegebenen Umfang) zu der allerwärts von nationaler Seite geforderten Ausweisung der seit Beginn des Weltkrieges unter dem Schutz und durch besondere Förderung der preußischen Regierung nach Hunderttausenden (schätzungsweise bis jetzt 800 000) eingewanderten Ostjuden (litauischen, polnischen, galizischen, ukrainischen, russischen, rumänischen usw. Juden)?

2. Wie zur Forderung der Beseitigung der Juden aus den einflußreichen, oft sogar maßgebenden und entscheidenden Stellen im Reich und in den Gliedstaaten (als Minister und Ministerpräsidenten, in den Staatssekretariaten und Ministerien usw.), im Gemeindeleben und überhaupt in öffentlichen Ämtern, und zwar zurzeit in einer Anzahl, die in gar keinem Verhältnis mehr steht zum Hundertsatz des jüdischen Volkes zum Wirtsvolk der Deutschen?

3. Wie zur Tätigkeit der Juden als Lehrer und Erzieher der deutschen Jugend auf Hoch- und Mittelschulen und sogar in den (konfessionell gemischten) Volksschulen?

4. Wie zur Beseitigung der jüdischen Führung in den deutschen Volksvertretungskörpern?

5. Wie zur Beseitigung der (jüdischen) Kriegsgesellschaften?"

Man darf auf die Antwort gespannt sein, welche einzelne der Parteien, an welche die Anfragen gerichtet wurden, hierauf erteilen werden.

Die Stimmung im Trentino.

Die Versprechungen der italienischen Regierung, den Deutschsüdtirolern die Autonomie zu gewähren, haben im Trientinischen einen wahren Sturm der Empörung hervorgerufen. Protestkundgebungen aller Art wurden veranstaltet, und gerade diejenigen, welche unter der österreichischen Regierung unentwegt Rom in alle Himmel erhoben haben und unter österr. Regime stöhnen zu müssen glaubten, wollen heute nichts mehr wissen von ihrer „Alma mater" und gönnen den Deutschsüdtirolern nicht einmal die zweifelhafte bisher erst in Aussicht gestellte Autonomie.

„Der Tiroler", das strammste deutschsüdtirolische Blatt, gibt uns in seinem Leitartikel vom 1. Mai ein anschauliches Bild von der Stimmung im Trentino und von der zweifelhaften Haltung des Gouverneurs Credaro, von dem unsere Brüder bisher nur Schikanen jeder Art erfahren mußten. Der Artikel lautet:

„Credaro spricht.

Wir entnehmen dem „Nuovo Trentino" den Wortlaut der Erklärungen Exzellenz Credaros gegenüber dem protestierenden Trientiner Gemeinderat. Das Blatt berichtet: „Nachdem der Vizebürgermeister die Resolution verlesen hatte, erklärte Exzellenz Credaro, er könne aufs bestimmteste versichern, daß man in Rom noch keinerlei meritorische Entscheidung über die Neuordnung der Provinz gefaßt habe. Seine Exzellenz ermächtigte die Anwesenden, von seinen Worten Gebrauch zu machen." „Sie können überzeugt sein — fuhr Credaro fort — daß eine für das trientinische Volk so wichtige Frage ohne Teilnahme seiner Vertreter von der Regierung in Rom weder entschieden werden kann, noch darf. Ich muß noch besonders hervorheben, daß den Trientinern die verantwortungsvolle Pflicht obliegt, sich der Italiener oberhalb Salurn anzunehmen, denn die haben unter der verflossenen Herrschaft außerordentlich viel gelitten." Credaro schloß seine Erklärungen mit der Versicherung, daß die Wahlen baldmöglichst stattfinden werden." Soweit der „Nuovo Trentino", so hat also Exzellenz Credaro, der Generalkommissar für Südtirol und das Trentino, gesprochen. Die gute politische Erziehung, die ihm Commendator Salata während der römischen Verhandlungen hat zuteil werden lassen, ist, scheint es, ohne weitere Wirkungen geblieben. Seine Exzellenz bemüht sich in der ungeeignetsten Stunde, demonstrativ zu beweisen, daß er sich nur als Anwalt der Trentiner fühlt, und die Südtiroler auf seine Objektivität nicht rechnen dürfen. Kann er es uns verargen, wenn wir lauter als je den Ruf erschallen lassen, „Los von Triente!" Wir sind sehr eigentümlich berührt über die Auslegung, die der Regierungsvertreter den Erklärungen des Ministerpräsidenten Nitti und des Com. Salata zuteil werden läßt. Unsere Vertreter in Rom haben den Eindruck gehabt, mit ernsten Staatsmännern zu verhandeln. Sie haben die Empfindung mitgebracht, daß die Versicherung Nittis, er sei für eine selbständige Provinz Südtirol, nicht bloß schönes Gerede, sondern auch Verwirklichung strebendes Wollen darstellt. Wir können nicht glauben, daß man mit solchen feierlichen Versprechungen unsere Vertreter hat narren wollen. Durch die Äußerungen des Herrn Credaro aber kommt es fast so heraus. Da ist Klarheit sehr notwendig.

Was die „Pflicht der Trentiner" betrifft, das Italienertum jenseits Salurn zu beschützen, sind wir etwas anderer Ansicht als Credaro. Die Italiener im deutschen Gebiet haben nie unter jenem Haß und jener Bedrückung zu leiden gehabt, wie die Deutschen unter den Italienern des Trentino.

Wir haben gar nichts dagegen, daß der italienische Staat der italienischen Minderheit in Südtirol sich annimmt. Aber wir müssen es schon ganz entschiedenst ablehnen, daß unter diesem Titel den uns feindlichen Trentinern am Ende ein Hintertürchen geöffnet werden soll, um ihr famoses Programm der „Vetetratione" zu vollführen!

„Die Italiener jenseits Salurn sind unter dem früheren Regime sehr bedrückt gewesen", so meint Exzellenz Credaro. Es ist für ihn vielleicht von Nutzen, wenn wir ihm eine Stelle aus dem Trientiner Brief der „Arena" (Ausgabe vom 28. April lfd. Js.) als Spiegel vorhalten. Wir lesen da unter dem Titel: „Die Versammlung des Popolari": „Auch die Trentiner Popolari haben nunmehr die „italienische Freiheit" gekostet. Anläßlich ihrer Versammlung (gemeint ist die am 25. April) kam es zu heftigen Zusammenstößen mit dem bereitgestellten Truppen- und Carabinieriaufgebot. Es kam zu Schlägereien zwischen Carabinieri und Versammlungsteilnehmern und zu zahlreichen Verhaftungen."

Etwas Ähnliches ist den Italienern in Südtirol selbst unter dem früheren Regime nicht passiert.

Also, mehr Vorsicht in den Äußerungen, Exzellenz Credaro!

Judas mit den Polen gegen die Deutschen.

Eigentlich konnte man nichts anderes erwarten, wenigstens wir finden nichts Besonderes darin, da wir die Art kennen, in der sich die jüdische Handlungsweise auswirkt. Herr Aronsohn, königlich preußischer Geh. Kommerzienrat, Ritter usw., Ehrenbürger der Stadt Bromberg, demokratisches Mitglied der preußischen Landesversammlung, galt etwas in der deutschen Stadt des bisher preußischen Ostens. Nationalgesinnte Männer von dort verhielten sich ablehnend gegenüber dem Antisemitismus, unter Hinweis auf Männer wie Aronsohn und andere. So hochachtbare, angesehene Männer seien ein Beweis dafür, daß der Antisemitismus unberechtigt sei. Gerade solche Persönlichkeiten waren lebende Propagandisten für den Philosemitismus des Ostens. An diesem Säulenheiligen aller Juden und Judenfreunde Brombergs und weiter Umgebung hat sich nun auch das Geschick seines Stammes erfüllt; er hat auch so gehandelt wie so viele seiner Art. Herr Aronsohn war bis jetzt Inhaber des weit bekannten Bankhauses M. Stadthagen in Bromberg. Nunmehr, nachdem Bromberg zu Polen gekommen ist, hat Herr Aronsohn es für angezeigt und mit seiner Ehre vereinbar gehalten, sein Bankhaus, sein Lebenswerk, in polnische Hände zu bringen. Der „Täglichen Rundschau" wird dazu aus Bromberg geschrieben: Aus der bisher offenen Handelsgesellschaft wird eine Aktiengesellschaft gebildet, in welcher die polnische Bank Handlowy mit der Hälfte des Aktienkapitals beteiligt ist. Noch schwerwiegender sind aber die mittelbaren Folgen dieses Übergangs deutschen Besitzes in polnische Hand. Denn wie der „Kurjer Poznanski" zutreffend und triumphierend schreibt, ist durch den Übergang eine Bresche in die deutsche Industrie des Netzegaus gelegt, welche in engster Verbindung mit dem Bankhaus Stadthagen gestanden hat.

Gleichzeitig mit dem Übergang des Bankhauses ist auch die von Stadthagen vollkommen abhängige Gruenauersche Buchdruckerei, Richard Krahl, welche die „Ostdeutsche Presse" herausgibt, von einem Warschauer Konsortium erworben worden.

Bis zum letzten Augenblick hat der Leiter des Bankhauses Stadthagen es bestritten, daß irgendeine Gefahr des Überganges in polnische Hände vorliege. Da man leider den Versicherungen glaubte, wurde das Deutschtum plötzlich vor die traurige Tatsache gestellt. Es ist geplant, die Druckerei zu einem polnischen Buch- und Schriftenverlag auszubauen. Damit ist die Gefahr verdoppelt worden, denn die „Ostdeutsche Presse" wird nunmehr als polnisches Blatt in deutscher Sprache erscheinen.

Wir haben es bei diesen Vorgängen mit einem Geschehnis zu tun, das nur als schlimmster Verrat am Deutschtum bezeichnet werden kann. Der Herr Geheime Kommerzienrat, Besitzer ungezählter Millionen, hat, um weiteren materiellen Vorteils willen, dem Deutschtum einen Schlag versetzt, der kaum wieder gutgemacht werden kann. Von der Stadt Bromberg mit allen erdenklichen Ehren, die einem verdienten Manne verliehen werden können, überhäuft, hat er sich nicht gescheut, sein Lebenswerk, von dem er sich nunmehr an seinem 70. Geburtstag zurückzieht, mit einer solchen echt jüdischen Tat zu krönen. Das Deutschtum in Polen aber wird den Namen dieses Mannes niemals vergessen.

I. N. R. I.

„Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon."

Die Cinoscope-Compagnie-Commandite (Cinoscope-Concern) München gibt sich die Ehre, Sie zu der am Dienstag, den 18. Mai 1920, stattfindenden Sondervorstellung des bisher größten in München fertiggestellten Monumental-Filmwerkes I. N. R. I., die Katastrophe eines Volkes, episches Drama in 7 Akten von Direktor Ludwig Beck, einzuladen. Die Vorstellung findet in den Sendlingertorlichtspielen um 10¼ Uhr statt.

So lautete die Einladung, die an uns erging.

Da wir erwartet hatten, endlich einmal wieder etwas wirklich Gutes aus der Filmkunst zu sehen, nahmen wir in unserer letzten Nummer eine Anzeige für dieses neueste Produkt Berliner (nein Münchener!) Kunst (?) auf und bedauern das ungemein, nachdem wir sehen mußten, daß wir uns unendlich getäuscht haben.

Eine derartige Mache mit der Christustragödie in Verbindung zu bringen, ist eine Beleidigung für Millionen deutscher Christen.

I. N. R. I. ist, man sollte es nicht für möglich halten, das Aushängeschild, die Reklame für ein geschäftliches Unternehmen geworden. Der reinste Geist in die schmutzigste Form gekleidet.

Nur ein wenig Feingefühl für deutsches Empfinden (man kann selbst von religiösem Empfinden dabei absehen) hätte schon sagen müssen, daß Kunstreiterstückchen, Detektivroman und I. N. R. I. nicht nebeneinander gestellt werden [illegible]. Schon der Gedanke ist schamlos. Die Regie hat sich [illegible], diese Zusammenstellung dem deutschen Volke schmackhaft zu machen, es gewissermaßen durch Einstreuung einiger [illegible], gegenüber den unnatürlichsten und jedes feine Kunst- und Religionsgefühl verletzenden Kreuzigungsgruppen wieder zu versöhnen. Es ist ihr schlecht gelungen. Man merkt die Absicht. Ein anständiger Mensch, selbst wenn er nicht Christ ist, darf solche Geschmacklosigkeiten (Gemeinheit hat sie ein Zuschauer bezeichnet) nicht dulden, am allerwenigsten der Deutsche mit seinem immerhin noch unverdorbenen Kunstsinn.

Juden werden zweifellos in diesem Machwerke höchsten Genuß finden. Die Regie der Cinoscope-Compagnie-Commandite möge jedoch nicht vergessen, daß diese nur ein Prozent des deutschen Volkes ausmachen.

Nie hätte vor der Revolution dem Deutschen etwas derartig Verletzendes ungestraft vorgesetzt werden dürfen. Heute ist das anders. Juda herrscht und führt, das Volk klatscht und merkt nicht, in welchen Sumpf es geführt wird. Eine stumpfe, denkfaule Masse.

Im übrigen ein Film wie tausend andere, nur etwas mehr dekoriert als diese anderen tausend.

Deutsches Volk, suche dir endlich ein besseres Vergnügen. Der Film ist für dich zurzeit das, was das Opium für den Chinesen ist, eine Betäubung, ein schleichendes Gift. Die wenigen guten Werke der Filmkunst bestätigen nur die Regel der schlechten.

Die zehn Gebote der wahren Demokratie und der Gerechtigkeit!

Die zehn Gebote der wahren Demokratie und der Gerechtigkeit!

1.

Du sollst wieder deutsch werden und dich vom Judengeiste lossagen.

2.

Du sollst wieder im Deutschen deinen Bruder erkennen, gleichgültig, welcher politischen Richtung er angehöre.

3.

Du sollst nie bei Juden kaufen und keinen Juden in Verdienst setzen. Damit du merkst, wer Jude ist, soll jeder Jude wieder seinen Judennamen tragen. Der Wolf soll das Lammsfell abwerfen.

4.

Du sollst die Ostjuden, die sich seit Kriegsbeginn auf deutschem Boden niedergelassen haben, ohne Erbarmen austreiben. Haben sie Ausweise und Bürgerrecht, so sollst du es ihnen nehmen, denn es ist ihnen von Juden gegeben.

5.

Du sollst dem einheimischen Juden in allem nur den Hundertsatz zubilligen. Nicht siebzehn oder gar fünfzig vom Hundert der Schüler von Gymnasien, Realschulen, Hochschulen dürfen judenstämmig sein, sondern nur höchstens zwei vom Hundert. Der Arbeiter zahlt genau die gleiche Steuer wie ein anderer für die Erhaltung dieser Anstalten; darum soll ihm der Jude nicht daraus verdrängen und nicht auf des Arbeiters Kosten soll der Judenknabe studieren. Der gleiche Satz sei bei den Lehrern aller Schulen nicht überschritten.

6.

Du sollst als Deutscher nie einen Juden als Richter über dich richten lassen und keinen im Heer als Führer über dich befehlen lassen.

7.

Du sollst nicht zulassen, daß Juden die deutsche Politik beeinflussen in irgendeiner Form. Deswegen darf kein Jude mehr Schriftleiter oder politischer Mitarbeiter irgendeines deutschen Blattes sein. Deswegen darf auch kein Jude Minister oder an irgendeiner Stelle der Verwaltung des Reiches, der Länder oder der Gemeinden sein. Jedes jüdische Geistesprodukt muß als solches bezeichnet sein.

8.

Du sollst den Juden mit einer hohen Blutsteuer belegen. Wo drei Juden im Kriege fallen sollten, fiel nur einer. Hätten alle Deutschen so gehandelt, so würden jetzt nicht zwei Millionen deutsche Familien trauern, sondern nur Siebenhunderttausend. Es ist mehr als gerecht, den Juden dies tragen zu lassen, denn er kann es.

9.

Du sollst keinen jüdischen Abgeordneten wählen. Deutsche dürfen nur Deutsche, Juden nur Juden wählen.

10.

Du sollst Judentaufen zunächst auf dreißig Jahre verbieten.

Reproduced from poor material

Das Hakenkreuz.

Immer wieder liest man in der jüdischen Presse von dem Hakenkreuz auf dem Stahlhelm der Baltikumtruppen. Gleichzeitig knüpfen diese Zeitungen eine kurze Erklärung des Hakenkreuzes an und stempeln es geschickt zu einem allgemeinen Glückszeichen. In der Tat sieht man schon viele Juden dieses Hakenkreuz auffällig tragen. Fragt man solch einen Träger, so erhält man prompt zur Antwort: „Ich trage ein Glückszeichen, einen Talisman." Ob sie wissen, wie lächerlich eine krumme Nase bei einem Hakenkreuz aussieht? Man will die Wahrheit nicht wissen und bringt daher solche Märchen auf. Wenn wir dieses Zeichen wirklich so hochhalten wollen, wie es ihm gebührt, so müssen wir die Wahrheit mehr ans Licht bringen.

Es ist doch wirklich nicht so schwer, nachzuweisen, daß das Hakenkreuz das Symbol der arischen Rasse ist. Unsere Vorfahren sind Germanen. Diese gehören der arischen Rasse an, die im Norden Europas ihren Ursprung hat. Hier sind die ersten Anfänge des Hakenkreuzes zu suchen. Das Hakenkreuz entstand aus dem sogenannten Sonnenrad, das bei diesen Menschen zur Verkörperung des Heiligsten gebraucht wurde. So vererbte sich dies Zeichen von Generation zu Generation fort. Alte Runenzeichen beweisen dies sehr genau. Überall, wo diese arischen Volksstämme hinkamen, finden wir auch dieses Hakenkreuz in irgendeiner Form. Man findet es bei den alten Ägyptern, die doch sicher keine Juden waren. Hünengräber in Nordeuropa tragen das Hakenkreuz. In den Katakomben Roms ist dies Zeichen oft zu finden, denn in den ersten Jahrhunderten bestanden die Christen Italiens fast ausschließlich aus Sklaven germanischer Herkunft. In Palästina fand man allerdings bis auf den heutigen Tag noch kein solches Abzeichen.

Es ist also ein Abzeichen einer ganz bestimmten Rasse. Wir, die dieser Rasse angehören, tragen das Hakenkreuz. Damit bringen wir zum Ausdruck, daß wir fremdrassische Beeinflussungen nicht dulden wollen und scharfe Stellung besonders gegen die jüdische Rasse nehmen, die, in großer Minderheit, trotzdem unser Vaterland unterjochen wollen. Wir wollen auch dies Abzeichen nicht von ihnen in den Schmutz ziehen lassen. Darum verbreiten wir die Wahrheit über das Hakenkreuz, damit es den Juden unmöglich wird, es weiter zu tragen. Noch fürchten sich zu viele Deutsche, sich offen zu ihrer Rasse zu bekennen. Wenn wir alle einmütig zusammenhalten, können uns die Juden wirklich nichts wollen. Die Soldaten hatten den Bekennermut.

Rudolf Sauer.

Gründung eines Bundes sämtlicher deutscher Rechtslehrer.

In Halle fand kürzlich eine zweitägige Konferenz von Vertretern der juristischen Fakultäten sämtlicher deutscher Universitäten statt. Eine Reform des juristischen Lehrwesens wurde angestrebt. „Eine Zurückdrängung des historischen Unterrichts wurde abgelehnt." Das ist für Völkische von Bedeutung. Man klebt und hängt an dem römischen Rechtswust. Warum? Es ist die einzige Grundlage für die jüdische Vormacht in Deutschland. Auch das Vorlesungswesen soll „zeitgemäß" umgestaltet werden. Zum Schluß wurde ein Bund sämtlicher „deutscher" Rechtslehrer gegründet, der dem „deutschen" Juristenbund angegliedert wird. Wer sitzt im Vorstand des „Bundes sämtlicher „deutscher" Rechtslehrer?" Geheimrat Ernst Heymann-Berlin, Geheimrat Paul Kaufmann-Berlin, Professor Wilhelm Kisch-München, Geheimrat Ernst Zittelmann-Bonn und Professor Hein-Halle!

Aus der Bewegung.

Die Ortsgruppe Augsburg des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes hält ihre Versammlungen jeden 2. Dienstag im Monat in der Gaststätte zum „Stockhaus", Maximilianstraße, ab und ladet die Freunde unserer Bewegung zu regem Besuche ein.

Unterm Scheinwerfer.

„Gegenrevolutionäre".

Der Herr Kultusminister Haenisch fühlt sich veranlaßt, Untersuchungskommissare für die Hochschulen aufzustellen. Sie sollen an Ort und Stelle ihre Feststellungen gegen die Lehrer und Studenten in bezug auf ihre Haltung zur Kapp-Herrschaft machen. Besonders Greifswald, Marburg und Breslau sind bedacht.

Demokratisches Volksgefühl.

In Stuttgart hielt jüngst der zeitweilige erste Vorsitzende der deutschen Friedensabordnung in Versailles, Freiherr von Lersner einen Vortrag über die Friedensverhandlungen. Sein Name hat für jeden Deutschgesinnten einen guten Klang, war er es doch, der die Annahme der Auslieferungsliste der Entente verweigerte und deshalb seinen Abschied nahm. Nunmehr erfahren wir, daß Freiherrn von Lersner diese ehrliebende und aufrechte Handlungsweise auf demokratisches Verlangen fast zum Fallstrick für ein Disziplinarverfahren gegen ihn geworden wäre. Darüber sagt er in seinem Vortrage: „Zwei Stuttgarter Demokraten, der ehemalige Vizekanzler Payer und der Abgeordnete Haußmann, waren es, die, nachdem er die Annahme der Auslieferungsliste verweigert hatte, den Antrag stellten, daß Freiherr von Lersner disziplinarisch auf das schwerste bestraft werden sollte. Der sozialistische Minister Müller habe sich jedoch auf seine Seite gestellt." So wenig galt jenen Demokraten die mannhafte Wahrung der deutschen Volksehre durch unseren Vertreter. Aber freilich, demokratische Internationalisten waren es ja auch, die verkündeten: Es gibt keine nationale Ehre, und die damit den Willen des deutschen Volkes zum Siege untergruben und zermürbten. Das Mitgeteilte paßt ganz in das zerlassene Bild unserer demokratischen Weltbürger. Auch sie werden noch zur Rechenschaft gezogen werden, wenn erst das Volk erwacht.

Volksgericht.

Der aus Galizien gebürtige Großkaufmann Simon Stoff aus München hat seit Juli 1919 größere Mengen Kupferdrahtkabel, welche aus einem Ingolstädter Geschäft mittels Einbruch gestohlen worden waren, in seinem Geschäft mit hohem Gewinn weiter veräußert. Wegen gewerbsmäßiger Hehlerei wurde er zur Zuchthausstrafe von einem Jahr verurteilt. Desgleichen wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt und Stellung unter polizeiliche Aufsicht für zweckmäßig erklärt. Er wurde vom Sitzungssaal weg sofort in Haft genommen.

Falschmünzer.

Der „Böhme" Simon Redlich, sein Schwager David Wettstein (der sich gut deutsch Müller nennt) und ein Markus Sternfall, genannt der Börsenvertreter der Grenadierstraße" wurden in Berlin wegen Falschmünzerei verhaftet. Wenn Redlich ein Böhme ist, so sind Marx, Einstein, Rotschild, Kohn, Levi, Katzenstein und Mühsam Deutsche und wir — sind die Esel.

Br.

Kleine Nachrichten.

Die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten steht in entsprechendem Verhältnis zu der Größe der menschlichen Ansiedelungen. Je größer die Städte sind, desto höher ist die Prozentzahl der Kranken. In Bezirken mit vorwiegender Landbevölkerung und besonders in den kleinsten Landgemeinden gab es noch bis vor wenigen Jahren kaum ein Auftreten von Geschlechtskrankheiten. Leider sind durch den größeren Austausch von Stadt- und Landbevölkerung auch dort die Verhältnisse wesentlich ungünstiger geworden. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bedeutet daher jetzt nicht mehr ein Problem für die Städte, sondern in gleicher Weise für das ganze Land. Dazu ist vor allem Aufklärung notwendig über all das Siechtum und Elend, die das Gefolge dieser Krankheiten bilden. Dies ist der Zweck der Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die zurzeit im Glaspalast aufgestellt ist. Mit Rücksicht auf die werktätige Bevölkerung bleibt die Ausstellung, soweit es das Tageslicht zuläßt, von Sonnabend, den 15. Mai, an bis abends 8 Uhr geöffnet, so daß auch die Angestellten in offenen Geschäften Gelegenheit haben, diese lehrreiche Ausstellung anzusehen.

Eingesandt.

Unglaubliche jüdische Unverschämtheit.

Einen unglaublichen Akt von Roheit und Gemeinheit leisteten sich in Cham (Bayer. Wald) am Dienstag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, vier Judenjungen. In echt jüdischer Weise überfielen sie aus dem Hinterhalt einen jungen deutschen Mann, der ihr Mißfallen dadurch erregt hatte, daß er für die kommenden Wahlen Flugblätter einer judengegnerischen Partei verteilte. Der junge Mann kam mit dem Rade von Roding. Telephonisch waren die hiesigen Juden verständigt und lauerten ihm auf. Als er kam, riefen sie, er hätte sein Rad gestohlen, worauf ein Deutscher ihn aufhielt; dann zogen ihn die Juden vom Rade herunter und schlugen ihn derart, daß der junge Mann heute im Krankenhaus liegt — an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Der Umstand, daß die Umstehenden glaubten, er habe das Rad gestohlen, erklärt es, daß ihm niemand zu Hilfe eilte. Erst als es gar zu heftig wurde, nahm die Menge eine drohende Haltung an.

Das also dürfen sich heute Juden im deutschen Lande erlauben. Drüben überm Rhein drangsalieren uns die schwarzen Franzosen, herüben machen's die Juden. Vorerst soll nun das Gericht das Wort haben. Deutsche Regierung — deutsches Gericht — zeigt nun, daß ihr fähig und willens seid, die Deutschen im eigenen Land zu schützen. Wenn nicht, dann werden wir endlich zum Selbstschutz greifen, und dann, Jude — merk' es dir —, dann geht es ums Ganze.

•

Nachstehend gestatte ich mir, ein Stückchen „saubern" Deutschtums zur Kenntnis zu bringen.

Ich war heute, Donnerstag, den 13. Mai 1920, etwa 10 Min. vor 10 Uhr, Zeuge folgenden Vorfalles: An der Haltestelle der Linie 3 stand ein Engländer in Uniform, anscheinend zur Ausbeutungskommission gehörig, als ein Trambahnwagen der Linie 6 langsam Richtung Matthäuskirche vorbeifuhr. Der Schaffner des Anhängers fand sich bemüßigt, seinem internationalen Solidaritäts-(Simpel-)Gefühl dadurch Ausdruck zu geben, daß er dem englischen Leutnant ein strahlendes: „Good morning, Sir!" zurief. Der Engländer lächelte und nahm, wie sich's dem internationalen Esel gegenüber gebührte, nicht einmal seine Pfeife aus dem Munde.

Warum geht denn dieser Bursche nicht ins Ausland, anstatt hier einem anständigen deutschgesinnten Arbeiter die Stellung wegzunehmen? Weil der internationale Simpel genau weiß, daß der Ausländer ihm auf sein Solidaritätsgefühl pf— — —.

Schrifttum.

(An dieser Stelle werden sämtliche uns zur Besprechung eingesandten Bücher — unabhängig von einer späteren Besprechung — verzeichnet.)

Büchereinlauf.

Die Volkshochschule. Eine fortlaufende Sammlung gemeinverständlicher, wissenschaftlicher Vorträge und Abhandlungen, herausgegeben von Dr. Robert Piloty. Bd. 1, Heft 4: Die österreichische Frage von Dr. A. Chroust. Verlagsbuchhandlung Kabitzsch & Mönnich, Würzburg. — Preis br. 4 M.

Die Wahrheit über Tirpitz und die deutsche Kriegspolitik. Vorträge von Georg Heydner in Nürnberg. — Hammerverlag (Theodor Fritsch) Leipzig.

Der Frontsoldat. Ein deutsches Kultur- und Lebensideal. Fünf Reden von Theodor Bartram. Verlag des Bundes der Frontsoldaten, Leipzig.

Unter dem Hakenkreuz. Deutschvölkische Sonntagspredigten. Deutschvölkisches Handbuch der Nationalen Kanzlei. — Leipziger Verlags- und Kommissionsbuchhandlung, Leipzig, Talstraße 23.

Das grundlegende Werk über den Wiederaufbau im deutsch-christlichen, völkischen Sinne ist

Das kommende Reich

Von F. Schrönghamer-Heimdal

5. Tausend

Haas & Grabherr, Verlag, Augsburg

Preis M. 7.— und 10% Teuerungszuschlag

Dieses ungewöhnliche Buch, wie Dietrich Eckart urteilt, hat als Wegführer durch seine grundlegenden Erkenntnisse dauernden Volkswert. Das Buch wird in der großen Presse geflissentlich totgeschwiegen und Buchhändler, die es in der Auslage führen, werden von gewissen Leuten bedroht.

Hochschulnachrichten.

Der Kampf gegen den Kultusminister Haenisch.

Ein neuer Metternich ersteht uns deutschen Studenten. Ungeheuerliche Pläne heckt Herr Haenisch aus. Sollten sie zur Verwirklichung kommen, dann läßt sich ein Kampf, wie ihn die Hochschulen noch nicht gesehen haben, voraussagen. Das preußische, will sagen jüdische Kultusministerium in Preußen, hat einen Entwurf zur „Bildung von Studentenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen" ausgearbeitet. Ich möchte einige Stellen daraus den Münchener Studenten nicht vorenthalten:

1. „Die vollimmatrikulierten Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit einer Universität oder einer Technischen Hochschule bilden die Studentenschaften." „Den Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit stehen die vollimmatrikulierten Ausländer gleich, denen das Ministerium diese Gleichstellung ausdrücklich einräumt."

In der Verfassung der Deutschen Studentenschaft (beschlossen am 19. Juli 1919 auf dem ersten allgemeinen deutschen Studententag in Würzburg) lautet dagegen § 1: „Die Studierenden deutscher Abstammung und Muttersprache der Hochschulen des deutschen Sprachgebiets bilden die Deutsche Studentenschaft."

2. Von der Betätigung der Studentenschaft ausgeschlossen sind politische und religiöse Zwecke.

Vgl. Verfassung der Deutschen Studentenschaft (Würzburg) § 3: „Ausgenommen von der Beratung und Beschlußfassung sind Fragen des Glaubensbekenntnisses und der Parteipolitik."

Jede Studentenschaft wählt einen Vorstand, welchem in dem Entwurf die Allgemeine Studentenversammlung gegenüber gestellt ist: den A. St. A. scheint man nicht zu kennen!

4. „Zur Unterstützung der Studentenschaft" wird ein Verwaltungsrat gebildet; er besteht aus

1. dem Vorsitzenden der Studentenschaft,
2. einem vom Vorstand der Studentenschaft zu wählenden Studenten;
3. einem vom Vorstand der Studentenschaft zu wählenden akademischen Bürger;
4. einem vom Senat zu wählenden Vertreter des Lehrkörpers;
5. einem von dem Minister ernannten Vorsitzenden des „Verwaltungsrates", bei dessen Auswahl der Minister nicht auf die Zugehörigkeit zu dem Lehrkörper oder der Beamtenschaft der Hochschule beschränkt ist.

Damit kann jeder Handwerksbursche an eine äußerst wichtige Stelle der Hochschule gelangen; der Abs. 5 bezieht sich nicht auf Studentensekretäre, wie aus dem ganzen Sinn einer anderen Bemerkung hervorgeht!

6. Der Verwaltungsrat dient der Beaufsichtigung der Studentenschaft, deren sämtliche Organe ihm zu jeder Auskunftserteilung verpflichtet sind.

7. Dies hat zur Folge, daß Beschlüsse und Maßnahmen der Studentenschaft beanstandet und dadurch vorläufig außer Kraft gesetzt werden können. Zuständig ist hierzu:

I. der Vorsitzende des Verwaltungsrates (also irgendein Proletarier!) oder

II. der Rektor.

Gegen beide Beanstandungen kann Einspruch bei dem Minister erhoben werden. Fügt sich die Studentenschaft der Entscheidung des Ministers nicht, so kann der Minister den Vorstand seines Amtes für verlustig erklären und bei Wiederholung des Widerspruchs der Studentenschaft dieser die satzungsgemäßen Rechte, insbesondere das Recht der Beitragserhebung entziehen! —

Zeiten, ihr kommt wieder, da es einen Kampf, einen Kotzebue und einen Schmalz gab, da ihnen auch eine Burschenschaft und ein Sand erstand. Will Herr Haenisch nicht aus der Geschichte lernen, wenn er sie überhaupt jemals gekannt hat?

Dem Studenten, der zehn Semester den jüdischen Vampyren an der Front geopfert hat, dem will man das Recht der Selbstverwaltung nehmen? Er, der 28- und 30-Jährige, er hat weniger Recht als ein 17jähriger Lehrling? Herr Haenisch, Herr Haenisch! Sie sind gottlob nicht in Bayern! Und hoffentlich ist der bayerische Kultusminister kein Papagei, der schreit, wie die jüdische Flöte in Preußen pfeift.

Was macht unsere Göttinger Vertretung? Flau und lax, wie sie bisher war, verhält sie sich auch diesmal. Wenn sie nicht die nötigen Gegenmaßregeln ergreift, dann ist sie für uns erledigt. Das größte Mißtrauensvotum hat sie überhaupt schon längst verdient. Göttingen ist überhaupt nicht der Ort für eine deutsche Studentenvertretung.

Jedenfalls können wir mit Ruhe die weiteren Dinge abwarten. Herr Haenisch und seine jüdischen Drahtzieher werden uns deutschblütige Studenten auf dem Plane finden.

Blutsbekenntnis!

Am schwarzen Brett der Dresdner Technischen Hochschule ist folgendes zu lesen:

Beschluß vom 4. Februar 1920: 1. Die Staatsangehörigen fremder Staaten sind wie deutsche Staatsangehörige zu behandeln, wenn sie vor der Immatrikulation auf Ehrenwort erklären können, daß ihre Muttersprache die deutsche ist und daß sie von Vater- und Mutterseite bis zu den Großeltern kein jüdisches Blut haben. Letzteres ist auf Verlangen nachzuweisen. 2. Die Studentenschaft vertritt den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und kann es nicht billigen, daß nationale Minderheiten in Deutschland Rechte beanspruchen, die ihnen ihrer Zahl nach nicht zustehen. Sie verlangt daher, daß Juden deutscher Staatsangehörigkeit zum Studium nur soweit zugelassen werden, daß ihr Prozentsatz in der Studentenschaft ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches nicht übersteigt. Die Studentenschaft gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß auch bei Besetzung der Assistenten- und Dozentenstellen nach obigen Grundsätzen verfahren wird.

Das ist endlich ein richtiger Beschluß. Was Dresden kann, kann München auch. Nachmachen ist in diesem Falle keine Schande.

K. Br.